

GANDERKESEE · LANDKREIS

DELMEHORSTER KREISBLATT

DK 14.01.2014

Bürgervereine fordern neue B-212-Planung

Die FDP-Forderung nach einem schnellen Bau der Bundesstraße 212neu stößt auf Widerspruch. Verschwiegen werde, dass damit zwangsläufig eine Umgehung für Delmenhorst verbunden ist.

VON REINER HAASE

GANDERKESEE-DELMENHORST-LANDKREIS. „Einfach unseriös“ und „bewusst irreführend“: Hinnerk Twietmeyer vom Bürgerverein Heide-Schönemoor und Uwe Kroll von der Interessengemeinschaft B 212neu stellen sich eindeutig gegen die Forderung der FDP in Ganderkesee, Lemwerder und Delmenhorst, die Bundesstraße 212neu zügig und ohne ein neues Raumordnungsverfahren, also im Bereich des Delmenhorster Stadtnordens in der „Südvariante“, zu bauen.

„Wenn die FDP jetzt so tut, als ob man eine Ortsumfahrung Delmenhorst durch die Ablehnung eines dritten Raumordnungsverfahrens verhindern könnte, so führt sie die Bürger bewusst in die Irre“, sagt Kroll. Er und auch Twietmeyer betonen, es gebe einen klaren Zusammenhang zwischen der Südvariante und der zunächst Entwicklungsachse, inzwischen Bundesstraße 213 genannten Delmenhorster Ortsumgehung. Das



„Kein Bau auf Kosten von Delmenhorst“: Zur B212neu gibt es viele Positionen. Um die Planung der Bundesstraße hat die FDP eine heiße Diskussion ausgelöst.

FOTO: MARTINA I. MEYER

sei in der Linienbestimmung für die B 212neu nachzulesen. Das der Südvarianten-Planung zugrundeliegende Raumordnungsverfahren sei „fehlerhaft“, stellt Twietmeyer fest. Erst das angestrebte dritte Raumordnungsverfahren mache, wie gewünscht, eine „ergebnisoffene“ Planung möglich.

Die bestehende Planung der B 212neu ziehe „zwangs-

läufig“ den Bau einer Ortsumfahrung nach sich. Die Nichtanmeldung der Ortsumfahrung für den neuen Verkehrswegeplan durch das Land Niedersachsen ändere daran nichts. Es sei „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Bund die Anmeldung selber vornehmen wird“, so Kroll. „Das wird der Bund schon nachholen“, sagt auch

Twietmeyer.

Die FDP-Position verdeutlichte der Delmenhorster Fraktionschef Murat Kalmis gestern: Rot-Grün in Hannover wolle „das Bauvorhaben mit der Idee eines neuen Raumordnungsverfahrens auf die lange Bank schieben“ und „die Baurealisation bis in die Jahre 2025 bis 2030 verlagern.“

■ Ihre Meinung zum Beitrag: reiner.haase@dk-online.de